

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle bösserer Gewalt, Streit, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Beleggeldes.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreise: Die 24 mm breite Reklameweile 60 Pf., die 36 mm breite Reklameweile 1.— M.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1.— M. Ausland 2.— bezw. 4.— M. Rabat II. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 462

Samstag, 2. Oktober 1920.

74. Jahrgang

Zum 2. Oktober.

Wie der 1. April, der Geburtstag des großen Kanzlers Bismarck, ist auch der 2. Oktober, der Tag, an dem unser großer Marschall Hindenburg das Licht der Welt erblickte, zum Nationalgedenntag des deutschen Volkes geworden. Beide Männer sind Lehrer und Vorbilder des Volkes. Bismarck hat die Ueberzeugung von dem Wert der deutschen Einheit in uns festgelegt und gezeigt, daß in die politische Rechnung nur die Wirklichkeiten als Faktoren eingesetzt werden dürfen, Phantasien aber vom Uebel sind. Und Hindenburg war uns der Lehrer zur bescheidenen, willensstarken und entschlagungsfreudigen Pflichterfüllung bis ans Ende. In den beiden Männern sind die Zeitgedanken Fleisch geworden, die das deutsche Volk aufwärts führen werden, sobald es von dem Weltstand unserer Zeit gesunde sein wird. Wir wollen der beiden Großen in Treue gedenken, und insbesondere heute unserem Marschall Hindenburg wünschen, daß das kommende Lebensjahr ihm bei geistiger und körperlicher Frische einen Einblick in guter Zukunftshoffnung gewähren möge.

Der Abbau des deutschen Heeres.

Berlin, 2. Okt. Nach einer Mitteilung aus dem Reichsministerium ist mit dem gestrigen Tage die 50-Kilometer-Zone am Rhein von der Reichswehr geräumt und das Heer verpfichtungsgemäß auf 150 000 Mann verringert.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Brüssel, 2. Okt. Die heutige Sitzung war der Untersuchung über die internationale Kreditfrage gewidmet. Zu dieser bedeutsamen Frage hielt der französische Vizepräsident Celler das einleitende Referat. Er hob hervor, daß das Bedürfnis nach neuem Kapital groß sei und daß es sich nach verdoppelter Richtung zeige: Einmal müsse das Defizit in der Produktion gedeckt und zweitens müßten die Behörungen des Krieges ausgeglichen werden. Dem großen Bedarf an Kapital stehe auf der einen Seite die Knappheit gegenüber, die durch eine Reihe von äußeren Umständen verstärkt worden sei, so beispielsweise durch die Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs. Celler ist überzeugt, daß der Kapitalmarkt erst dann wirklich genesen werde, sobald die Staatsfinanzen, der internationale Handel und das Geldwesen wieder in Ordnung seien. Vorläufig müsse man sich mit Erbschaftsteuern befassen. Es sei in dieser Richtung u. a. auf kurzfristige Anleihen zu verweisen, die für Rohstofflieferungen gewährt würden und aus dem Erlös der verkauften Fertigfabrikate gedeckt werden müßten. Es sei auch noch hervorzuheben, daß Celler für eine neutrale Institution eintrat, die über die Fragen der internationalen Kapitalanlage dem Sparrer Auskunft erteilt. In der anschließenden Besprechung verbreitete sich der belgische Ministerpräsident Delacroix über seinen Vorschlag, eine internationale Bank zu gründen, die durch die Uebernahme von Obligationen die Mittel zum Wiederaufbau schaffe. — Die Nachmittags-Sitzung brachte die noch ausstehenden Berichte über die Finanz- und Wirtschaftslage einzelner Delegationsländer. Es sprach zunächst der Vertreter Rumäniens und dann der Brasilien. Während das erstere Land ein günstiges Bild zeigte, weist Brasilien Anzeichen eines wirtschaftlich gescheiterten Staates auf.

Polens Anspruch auf das Weichselufer.

Ablehnung des deutschen Einspruchs.

Berlin, 30. Sept. Die deutsche Regierung hatte am 15. August der Vorkonferenz in Paris einen eingehend begründeten Einspruch gegen die Entscheidung über das weichseluferliche Abtötungsgebiet überreicht, wonach der rechte Weichseluferstreifen sowie fünf dort befindliche Dörfer den Polen zugesprochen wurden. Die Vorkonferenz hat jetzt dem Präsidenten der deutschen Friedensabordnung in Paris die Antwort gegeben, in der es heißt: Ihr Vorgänger hat mit einer Note der Friedenskonferenz einen Protest der deutschen Regierung gegen die über das Abtötungsgebiet von Marktwörder getroffene Entscheidung überreicht. Die deutsche Regierung erklärt darin, jede Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidung ablehnen zu müssen, die sie nicht anerkennen kann, da sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar sei und ebenfalls im Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie mit den geographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes stehe. Indem ich den Empfang dieser Mitteilung begrüße, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz die Vereinfachung des Protokolls nicht anerkennen kann. Die Mächte haben in voller Ausübung ihrer Rechte gehandelt, die ihnen der Artikel 97 des Friedensvertrages zuerkennt.

Die Antwort der Vorkonferenzkonferenz, so sagt das WT B dazu, vermeidet sorgfältig jedes Eingehen auf den Protest der deutschen Regierung, dessen Begründung eben nicht zu widerlegen ist.

Klara Zetkin in Moskau.

Nach einer Meldung aus Helsingfors begrüßte Klara Zetkin in Moskau das Plenum der Moskauer Sowjets im Namen der deutschen Arbeiterschaft und sprach dabei ihre Ueberzeugung nach einem neuen Ausbruch der Revolution aus, die diesmal auch andere Länder mit fortziehen würde.

Sieg des sozialistischen Radikalismus in Italien.

Mailand, 1. Okt. Die Parteileitung der sozialistischen Partei verhandelte über die Frage der Ausscheidung der nichtkommunistischen Mitglieder aus der Partei. Die Beschlüsse der Zeitung sollen dem Nationalkongress unterbreitet werden, der in Kürze zusammentreten und über die Annahme der einundzwanzig Punkte von Moskau entscheiden soll. Der „Avanti“ teilt in einem ausführlichen Bericht über die Diskussion mit, daß beinahe alle Redner sich für die Ausschließung der gemäßigten und reformistischen Mitglieder der Partei aussprachen, weil sie ein Hindernis für die Revolution seien. Nur zwei Redner widerstanden sich dieser Tendenz.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

London, 1. Okt. Die Bergarbeiter beschlossen, den Streik bis zum 16. Oktober hinauszuschieben. Sie wollen über die neuen Vorschläge der Bergwerksbesitzer am 11. und 12. Oktober abstimmen.

Der Führer der Bergarbeiter in der Grafschaft Cumberland erklärte in der Bergarbeiterversammlung der Kohlenporrat, über den die Regierung verfiel, werde im Falle eines Ausstandes erst nach drei Monaten aufgebraucht sein.

Betriebseinschränkungen.

Die aus Stuttgart gemeldet wird, mußte bei den Boschwerken infolge Mangels an Aufträgen von kommenden Woche an eine erhebliche Betriebseinschränkung eintreten. Die wöchentliche Arbeitszeit wird auf 32 Stunden festgesetzt und dauert von Dienstag bis Freitag.

Schulstreik in Eberfeld.

In Eberfeld sind etwa 4000 Schulkinder nach vorausgegangenem Unmut, an dem auch die Eltern teilnahmen, in einen Schulstreik eintraten. Es wird die Einführung der weltlichen Schule zum 1. Oktober verlangt, während die Schuldeputation die Schaffung dieser Schule erst zum 1. April beschlossen hat.

Vorläufig keine Erhöhung der Eisenbahntarife.

Eine Erhöhung der Personentarife bei den Eisenbahnen ist, wie die „R. V.“ von auständischer Seite erfährt, vorerst nicht geplant. Ueber den Zeitpunkt einer etwaigen Durchführung des Zweiklassenverkehrs lassen sich zurzeit noch keinerlei Angaben machen.

Amerikanische Hilfe für den deutschen Mittelstand.

Wie vom deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart mitgeteilt wird, ist in Amerika jetzt eine Bewegung im Gange, die es sich zur Aufgabe macht, speziell eine Hilfsstätigkeit für den notleidenden Mittelstand, Pensionäre usw. einzuleiten. Zur Organisation dieser Hilfe ist der Vorsitzende der Exekutiv des Zentralkomitees für das Hilfswerk in Deutschland, Dr. Lieber, nach Deutschland abgereist.

Die belgischen Sanitätszüge.

Brüssel, 2. Okt. (Havas.) Auf das Telegramm des Präsidenten des internationalen Roten Kreuzes, Ador, an die deutsche Regierung, in dem er um Erleichterung der Durchfahrt durch Deutschland für die nach Polen bestimmten belgischen Sanitätszüge ersuchte, antwortete die deutsche Regierung beehrt sich, ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die nötigen Anweisungen für die Durchfahrt der belgischen Sanitätszüge bereits am 29. September gegeben wurden.

Die Bündnisfrage zwischen Belgien und Holland.

Brüssel, 1. Okt. (Havas.) In der Frage eines Defensivbündnisses mit Holland erklärt das Brüsseler Blatt „Nation Belge“, es könne schon jetzt gesagt werden, daß in der Tat ein Defensivbündnis offiziell erwogen würde. Das Abkommen würde sich nicht allein auf die Durchfahrt von Belgiern oder auf die Seelöwenwässer beschränken, sondern sich auf das ganze Gebiet der beiden Länder erstrecken.

Das französische Budget.

Paris, 30. Sept. (Havas.) Die Marcel Batin im „Echo de Paris“ berichtet, arbeitet Millerand annehmbarlich mit dem Finanzminister täglich mehrere Stunden an den großen Finanzproblemen, die in Brüssel zur Beratung stehen, sowie an allen sonstigen Fragen finanzieller Natur, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben. Das Budget bilde den Gegenstand sorgfältiger Erwägungen. Die Ausgaben sollen nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Finanzminister Moras rechne damit, das ordentliche Budget lediglich durch Steuern zu decken.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 2. Oktober.

Die Milchknappheit. Die zunehmende Milchknappheit, die trotz energischer Eingaben des Magistrats um Abstellung an die Regierungskommission in Wiesbaden, Kassel und Berlin bis heute leider noch nicht behoben ist, zwingt das Stadtamt wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß die Versorgung der Kranken mit frischer Vollmilch bis auf weiteres nur in ganz beschränktem Maße erfolgen kann. Es hat daher keinen Zweck, das Lebensmittelverteilungsamt für Kranke mit Anträge die in der Hauptsache darauf hinauslaufen, daß die an Stelle frischer Milch von dem Vertrauensarzte bewilligte Mischmilch dem Patienten nicht zuträglich sei, zu übersenden. Der Magistrat hat die Pflicht, darauf zu achten, daß die Verteilung der geringen Menge frischer Vollmilch in erster Linie den werdenden Müttern, Kindern im 1. und 2. und wenn einigermassen angängig auch im 3. und 4. Lebensjahr zugute kommt. Die von dem Stadtamt veranlagte Dosenmilch ist ärztlicherseits als ein durchaus vollwertiger Ersatz für frische Vollmilch, soweit wie diese überhaupt erhältlich ist, anzusehen.

Gegen die Verkürzung der Polizeistunde. Eine hart besuchte Birteversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Dote L und Gastwirtevereine Wiesbadens am 29. Sept. im Luzern II am Bosenplatz beschäftigte sich u. a. auch mit der Verkürzung der Polizeistunde. Es wurde hierzu eine Entschliebung folgenden Inhalts einstimmig gefaßt: „Die am 29. Sept. 1920 im Luzern II am Bosenplatz versammelten Mitglieder der der Arbeitsgemeinschaft der Dote L und Gastwirtevereine Wiesbadens angeschlossenen Vereine erheben energischen Protest gegen jede Verkürzung der Polizeistunde, die viele Betriebe dem sicheren Ruin preisgeben und die Entlassung zahlreicher Angestellter zur notwendigen Folge haben würde. Das Gastwirtsvergewerbe kämpft mühsam um seine Existenz. Die Verkürzung verdrängt sich nicht der Notwendigkeit, größte Sparsamkeit im Kostenverbrauch walten zu lassen, befreit aber, daß die durch Verkürzung der Polizeistunde gemachten Ersparnisse irgend ins Gewicht fallen. Dasselben sind nach dem Gutachten technischer Sachverständiger so unbedeutend, daß sie für den allgemeinen Kostenverbrauch gar nicht in Frage kommen. Jedemfalls würde der Nutzen der dadurch erzielt würde, in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der durch die Kürzungen von Unternehmern und das Verschwinden weiterer Angestellter bei der heute schon herrschenden Arbeitslosigkeit der Gastwirtsvereine entstehen würde.“ Die Birte hoben unzeitig ein Recht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche, haben sie doch durch die Tat gezeigt, daß es ihnen bei aller Belastung mit dem Preisabbau ernst ist, indem sie trotz Steigerung des Bierpreises um 50 Pf. je Hektoliter den Ausschankpreis nur um 5 Pf. für das Glas erhöht haben. Aber nicht nur im Interesse der Birte, sondern auch des Publikums, namentlich der vielen Alleinlebenden, die auf das Gasthaus angewiesen sind, wäre es zu begrüßen, wenn die Behörden sich diesem Vorschlag nicht verließen würden.

Die Turngesellschaft Wiesbaden versammelte ihre Vereinsangehörigen und Gäste nach langer Kriegszeit am verflochtenen Sonntag zum ersten Male wieder zu fröhlicher Unterhaltung. Das so sehr beliebte Vereinsfest, „Die Kirmes“, führte alt und jung in das Schützenhaus, unter den Eichen, zusammen. Schon lange vor Beginn der angelegten Stunde waren die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten besetzt. Pünktlich um 4 Uhr konnte der Dorfschulze den Anfang der „Kirmes“ anschießen. Reges Treiben herrschte im Saale und an den Verkaufstischen. Man vergaß tatsächlich die Alltagsorgen und lächelte sich mit dem jungen Volke wieder jung. Die Stunden verflohen leider allzu rasch. Man trennte sich mit dem Gefühl, wieder einmal schöne gemutliche Stunden in der Turngesellschaft verbracht zu haben, und dankeschuldig der Vergnügungskommission gegenüber, die in unsichtbarer Weise die Vorbereitungen getroffen hatte und für den harmonischen Verlauf des Festes besorgt war.

Die Frau in der Rechtspflege. Wie man aus der Reichsjustizverwaltung meldet, prüft man dort gegenwärtig die Frage, ob Frauen zu den beamteten Stellen auf dem Gebiet der Rechtspflege und zur Rechtsamtschaft zugelassen werden sollen. Die günstigen Erfolge, die von den Verwaltungsbehörden mit den von ihnen beschäftigten Frauen gemacht wurden, dürften dazu beitragen, daß unter gewissen Bedingungen die Beschäftigung von Frauen in der Rechtspflege gefördert werden soll. Die Landesregierungen treten für eine Beschäftigung der Frauen auf den Gebieten der Jugend- und Frauenfürsorge, Sittepolizei, des Vormundschafts- und Pflanzwesens, ein.

Reindampfschiffahrt. Die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft hat den Personenverkehr eingestellt.

Unfall. Beim Obstpflücken vom Baum gefallen ist gestern nachmittags auf einem Grundstück an der Bierländerstraße der 43jährige Gastwirt Wilhelm Wille. Er erlitt einen Schädelbruch und verschiedene Rippenverletzungen und wurde von der Sanitätswache in das St. Josephshospital gebracht.

Der Einbruchdiebstahl, der in der Nacht vom 25. zum 26. Febr. d. J. in eine hiesige Zahnzahnkassette geschah und bei welchem Sachen von hohem Wert gestohlen wurden, hat sich jetzt aufgeklärt. Die Täter, ein hiesiger Kellner, zwei Zahnzahnkassette, einer davon aus Bierstadt, und ein Handlungsgeselle, wurden von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen.

